

19. Wahlperiode

Antrag

der AfD-Fraktion

Energie für Berlin: Sicher, günstig und technologieoffen – für eine Beendigung der Energiekrise

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, sich mittels einer Bundesratsinitiative für eine energiepolitische Wende einzusetzen:

1. Die sich noch in Betrieb befindlichen Kernkraftwerke sind über den 15. April hinaus weiter zu betreiben und die Laufzeiten der sechs bestehenden Kernkraftwerke zu verlängern.
2. Der Kohleausstieg wird aus Gründen der Energiesicherheit zum jetzigen Zeitpunkt nicht weiter forciert.
3. Die Pipelines Nord Stream 1 und 2 werden repariert sowie der verbliebene Nord-Stream-2-Strang in Betrieb genommen.
4. Das mit Wirkung zum 5. Februar 2023 in Kraft getretene Ölembargo gegen Russland wird zurückgenommen.

Begründung

Die sogenannte Energiewende mit einem Ausstieg aus der Kernenergie sowie der Kohle- und Gasverstromung ist gescheitert. Sie kostet Milliarden, verknappt die heimische Energieversorgung und führt zu einer Abhängigkeit von ausländischen Energieimporten und dem Wetter. Ihre unmittelbare Folge ist eine Explosion der Strompreise mit den weltweit höchsten Strompreisen in Deutschland. Der Ausstieg aus der Kohle- und Kernkraft ist ein Desaster und führt das Land in Richtung einer Deindustrialisierung. Nach dem Ausbruch des Ukraine-Kriegs wird der Energiemangel durch eine kontraproduktive Sanktionspolitik verschlimmert. Inzwischen gefährdet eine solche Energiepolitik den in Generationen erarbeiteten Wohlstand.

Die Europäische Zentralbank hat mir ihrer jahrelangen Politik der massiven Geldausweitung zur Rettung des Euros und hochverschuldeter Euro-Staaten den Boden für das Anspringen der Inflation bereitet. Die Energieverknappung, Wirtschaftssanktionen und gerissene Lieferketten sowie schuldenfinanzierte Entlastungspakete führen nun dazu, dass die Teuerung weiter fortschreitet. Trotz dieser prekären Lage findet keine Politikänderung statt. Statt die Ursachen der Krise zu beseitigen, soll die dysfunktionale Energiewende noch beschleunigt werden. Zugleich häufen sich immer mehr Schulden auf, um die dramatischen Folgewirkungen zu überdecken.

Notwendig ist jetzt marktwirtschaftliche Technologieoffenheit und eine staatliche Ordnungspolitik, welche Versorgungssicherheit und günstige Energiepreise für die Sektoren Wärme, Strom und Mobilität gewährleistet. Nur so können Brownout und Blackout in Deutschland konsequent ausgeschlossen werden. Ausschließlich ein stabiler Energiemix unter Berücksichtigung von Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit und Netzstabilität kann die Aufgaben der Zukunft meistern.

Ziel muss es sein, die Energieversorgung zu stabilisieren, möglichst emissionsarm und möglichst preisgünstig zu gestalten. Dabei müssen Vorkehrungen getroffen werden, dass es zu keinen Stromausfällen und anderen Versorgungsunterbrechungen kommt. Der beschlossene Atomausstieg ist ein deutscher Sonderweg in Europa und in der Welt. Deutschland ist als Industrienation angewiesen auf eine preiswerte, unterbrechungsfreie und grundlastfähige Energieversorgung, die allein mit erneuerbaren Energiequellen auf absehbare Zeit nicht leistbar ist. Die Nutzung der verbliebenen sicheren und emissionsfreien Kernkraftwerke in Deutschland ist über den März 2023 hinaus abzusichern.

Einen überstürzten Kohleausstieg darf es aus Gründen der Energiesicherheit nicht geben. Stabile Energieversorgung ist ohne den Einsatz von Kohle derzeit nicht möglich. Kohle ist als Energieträger übergangsweise weiterhin notwendig.

Die sichere Versorgung mit preisgünstigem und umweltfreundlichem Pipeline-Erdgas muss auf eine stabile Grundlage gestellt werden. Dazu sind die Nordstream-Pipelines erneut in Betrieb zu nehmen und vor Zerstörung durch Dritte zu sichern. Das Zeitfenster hierfür ist eng. Fraglich ist, inwieweit das Salzwasser den Leitungen bereits weitere Schäden zugefügt hat und wie lange sie dem Wasser noch standhalten.

Die Versorgung mit Mineralöl muss durch Sicherung der Transportwege und Zugänge zu den Weltmärkten auf dem Land- und Seeweg nach Berlin, Brandenburg und insbesondere zum BER sowie zur petrochemischen Raffinerie in Schwedt nachhaltig gesichert werden. Dass die Raffinerien in Schwedt und Leuna nicht mit voller Kapazität arbeiten, liegt daran, dass sie kein russisches Rohöl aus der Druschba-Pipeline mehr beziehen dürfen, weil diese seit Januar – anders als in Polen – mit einem deutschen Importstopp beziehungsweise einem Rohölembargo belegt ist. Die niedrigere Produktion führt in der ostdeutschen Region zu höheren Tankstellenpreisen.

Ab dem 5. Februar 2023 dürfen keine Raffinerieprodukte wie Diesel, Benzin oder Schmierstoffe mehr aus Russland abgenommen werden. Zu erwarten sind weitere Folgen bei der Kraftstoffversorgung.

Eine gesicherte und bezahlbare Energieversorgung gehört zur notwendigen Daseinsvorsorge für Bürger und Gewerbetreibende, die von der Politik herzustellen ist. Die Energiekrise kann mit einer Politikänderung und adäquaten Maßnahmen sofort beendet werden.

Berlin, den 6. Februar 2022

Dr. Brinker Hansel Trefzer
und die übrigen Mitglieder der AfD-Fraktion